

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

erschint Mittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574,
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss I R. R. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlstellen der Staatsfiskusverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsstellen der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 140

Dresden, Donnerstag, 19. Juni

1930

Weitere 5 Mill. RM. zur Belebung der Wohnungsbautätigkeit als staatliche Hilfsmaßnahme

(N.) Angesichts der in diesem Jahre eingetretenen, in erster Linie auf Finanzierungschwierigkeiten zurückzuführenden Stagnation auf dem Wohnungsbauumarkt hat sich die Regierung dazu entschlossen, weitere 5 000 000 RM. zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit und damit zur Linderung der Wohnungsnot wie der großen Arbeitslosigkeit bereitzustellen. In der Erkenntnis, daß vor allem die Beschaffung zweier Hypotheken große Schwierigkeiten bereitet, hat das Finanzministerium zunächst die Landesfikturkreditbank ermächtigt, für das Jahr 1930 an Darlehen und Borschüssen zu Kleinwohnungsbauten für die minderbemittelte Bevölkerung nicht nur 3 000 000 — wie im Vorjahre —, sondern bis zu 5 000 000 RM. zu gewähren. Außerdem wird, um auch den noch immer bestehenden Schwierigkeiten der Beschaffung erschwerter Hypotheken bei Kleinwohnungsbauten zu günstigen Bedingungen zu begegnen, der Landesfikturkreditbank auf Grund der letzten vom Landtage beschlossenen Ergänzung des Landesfikturkreditbankgesetzes ein weiterer Beitrag von 3 000 000 RM. aus der Staatskasse darlehensweise zur Verfügung gestellt, der in der Form von Tilgungsdarlehen an Unternehmer von Kleinwohnungsbauten zu günstigen Bedingungen weitergegeben werden soll. Gesuche sind an die Landesfikturkreditbank in Dresden, A. Kisterstraße 3, zu richten, bei der auch die näheren Bedingungen zu erfragen sind.

Verhandlungen wegen Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens.

Berlin, 19. Juni.
Die Verhandlungen wegen Verlängerung des am 30. Juli 1930 ablaufenden deutsch-polnischen Roggenabkommens sollen, wie aus guter Quelle verlautet, am Montag, d. n. 23. Juni, in Warschau aufgenommen werden.

Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Berlin, 19. Juni.
Im Reichstag fand gestern nachmittag eine Sitzung des Reichskabinetts mit den Staatssekretären der Regierungsparteien statt, in welcher man sich über den Zeitpunkt für die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete grundsätzlich einig wurde. Das Ministerium selbst soll mit dem 1. Oktober d. J. aufgelöst werden, als welches zu bezeichnen die Rückkehr der Besatzung soll dann am 1. April des nächsten Jahres angesetzt werden. Diese Regelung soll in der Form eines Zustimmungsgesetzes der Regierungsparteien erfolgen, das nunmehr vorbereitet und den Fraktionen am Freitag zur Unterrichtsvergabe vorgelegt werden wird.

Sozialdemokratische Sparsforderungen.

Berlin, 19. Juni.
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit der Wirtschaft- und Finanzlage und mit den Deckungsmaßnahmen der Reichsregierung beschäftigt. Nach einer parteiamtlichen Abstimmung wurde dem Versuch, die jetzige Wirtschaftspolitik zu einem allgemeinen Abbau der Löhne und Gehälter sowie der Sozialpolitik zu benutzen, entschiedenster Widerstand angebracht. Solche Abstreifungen bestanden darüber, daß das mindeste Erfordernis die Arbeitsbeschaffung sei. Weiter wurde auf die Notwendigkeit erheblicher Einsparungen namentlich bei den militärischen Ausgaben, aber auch in auswärtigen Dienst, bei den hohen Pensionen usw. hingewiesen. Soweit dann noch Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Finanzierung notwendig seien soll der Vorstand der nächsten Fraktionssitzung Richtlinien unterbreiten.

Die Wirtschaftspartei für ein Arbeitsdienstpflichtgesetz.

Berlin, 19. Juni.
Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf zur Durchföhrung der Arbeitsdienstpflicht und zur Behebung der Arbeitslosigkeit eingebracht. Der Entwurf umfaßt 24 Paragraphen. Die Arbeitsdienstpflicht soll die

deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit und zur Arbeits- und Pflichterfüllung erziehen. Sie soll neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, in vorhandenen Fällen die Bereitstellung freiwilliger Arbeitskräfte, Arbeitsdienstpflichtig für ein Jahr ist nach dem Kriegsausbruch jeder Deutsche vom 17. bis zum 25. Lebensjahr. Unter dem Namen „Direktion des deutschen Arbeitsdienstes“ soll das Reichsarbeitsministerium eine oberste Verwaltungsstelle bilden. Die Arbeitsdienstpflichtigen erhalten neben Unterkommen, Verpflegung, Kleidung, Schuhwerk, Arbeitsgeräten, freier Heilbehandlung eine monatliche Zahlung von 40 Pf. Wer sich der Arbeitsdienstpflicht entzieht, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten und zeitlichem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

Abgewiesene Ministeranfrage.

Berlin, 18. Juni.
Der von der Fraktion der Wirtschaftspartei des Landtages eingebrachte Antrag auf Erhebung der Ministeranfrage gegen den Ministerpräsidenten Braun wegen seiner fälschlich am Staatsgerichtshof in Oldenburg Rede gehaltenen Kritik ist laut „Volksanzeiger“ vom Büro des Landtages wegen nicht genügender Unterstützung zurückgewiesen worden. Die 100 vorgeschriebenen Unterschriften fehlen der Fraktion der Wirtschaftspartei des Landtages nicht zur Beförderung und sie scheint es verstandlich zu haben, andere Fraktionen um ihre Unterstützung anzugehen.

Die Reichseinnahmen und -ausgaben im April 1930.

Berlin, 19. Juni.
Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums haben im April die Einnahmen (alles in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt 828,7, die Ausgaben 712,8 betragen, so daß sich eine Mehreinnahme von 115,9 ergibt. Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen insgesamt 196,3, die Ausgaben 18,0, so daß sich eine Mehreinnahme von 178,3 ergibt. Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages aus dem Vorjahre von 465,0 ergibt sich mithin Ende April im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 349,1, im außerordentlichen Haushalt unter Berücksichtigung des Fehlbetrages aus dem Vorjahre von 771,7 ein Fehlbetrag von 694,4.
Der Kassensollbestand des Reiches stellte sich am 30. April 1930 auf 1517, von denen 1364 vermerkt worden sind, so daß ein Kassensollbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen von 163 vorhanden war. Die schwebende Schuld hat sich von 1928,4 am 31. März auf 1541,4 am 30. April 1930 vermindert.

Das Notopfer von den Reichsratsausschüssen abgelehnt.

Wird der Reichsfinanzminister zurücktreten?

Berlin, 19. Juni.
Die Ausschüsse des Reichsrates beschäftigten sich am Montag, Dienstag und gestern mit den Deckungsvorlagen der Reichsregierung. In der Aussprache ergab sich, daß sowohl für den Vorschlag der Reichsregierung zum Notopfer wie auch für den preussischen Währungsantrag keine Mehrheit im Reichsrat zu finden sein würde. Daher erklärte Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gestern, er sehe vor einer neuen Situation, zu der das Kabinett zunächst Stellung nehmen müsse. Die Ausschüsse des Reichsrates vertagten daher die Behandlung der Deckungsvorlagen auf unbestimmte Zeit.
Das Reichskabinett beschäftigte sich auch heute mit dieser Frage. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer würde es am liebsten sehen, wenn er von seinem Amt entbunden würde. Bisher besteht jedoch Reichstagspräsident Brüning darin, Dr. Moldenhauer soll weiter die Vorlagen der Gesamtregierung vertreten. Diese Vorlagen sind jedoch durch die Stellungnahme des Reichsrates nunmehr erledigt. Denn nach ihrer Ablehnung im Reichsrat könnten sie nur dann Erfolg haben, wenn der Reichstag sie mit Zweidrittelmehrheit annimmt. Diese Möglichkeit besteht jedoch im Reichstage nicht. Das Reichskabinett wird sich also morgen darüber beschließen müssen, ob es eine neue Deckungsvorlage aufarbeiten, selbst zurücktreten oder sich nur umbilden will.

Das Ergebnis der gestrigen Verhandlung des Reichskabinetts wird in parlamentarischen Kreisen dahin beurteilt, daß die Reichsfinanzministerie weiter in der Schwebe bleibt und die Entscheidung nun beim Reichspräsidenten liegt, dem verfassungsmäßig die Entlassung und Ernennung von Ministern zusteht. Der Kanzler wird nun so bald wie möglich nach New York fahren, wo sich der Reichspräsident augenblicklich aufhält. Die Frage, ob er dem Präsidenten vorschlagen wird, das Ruderamt abzulehnen, ist offen, weil der Reichsfinanzminister selbst ihn dringend gebeten haben dürfte, hieron Abstand zu nehmen. Dr. Moldenhauer ist für diesen Wunsch maßgebend, daß er bei einem weiteren Verbleiben in einem auch persönlichen Gegensatz zu seiner Partei und damit in einen schweren inneren Konflikt geraten würde. Der Kanzler selbst legt großes Gewicht darauf, Dr. Moldenhauer im Amt zu halten, und dieser Wunsch ist für alle anderen Reichsminister in der gestrigen zweitägigen Kabinettsitzung sehr einträglich zum Ausdruck gebracht worden. Ein Verbleiben Dr. Moldenhauers könnte aber für die weitere Entwicklung der Periode des 4. und der Reichstagsauflösung eröffnen. Diese Entwicklung möchte Dr. Moldenhauer offenbar vermeiden, soweit seine Person den Anlaß dazu geben kann. Auf der anderen Seite ist man in den Kreisen der Reichsregierung der Auffassung, daß das Kabinett, im großen gesehen, nicht eine andere Finanzpolitik verfolgen, sondern nur die Dr. Moldenhauers weiterführen kann.

Die angebotene Möglichkeit des Konflikts mit den Parteien ergibt sich aber auch daraus ohne einen Wechsel im Finanzministerium. Darauf geht zweifellos der Vorbehalt des Reichskanzlers zurück, daß er sich noch einmal überlegen will, welchen Vorschlag er dem Reichspräsidenten unterbreitet. Bleibt somit die Finanzministerie weiter in der Schwebe, so steht doch jedenfalls fest, daß der Bestand des Reichskabinetts im ganzen durch sie nicht tangiert wird.
Wie ungelöst die augenblickliche Lage ist, geht auch aus der in politischen Kreisen vertretenen Ansicht hervor, daß die Parteien in der nächsten Woche unter Umständen sehr viel leichter mit sich reden lassen werden, wenn etwa das Ergebnis der sächsischen Wahlen ihnen sehr bittere Ausblicke für den Fall einer Reichstagsauflösung in sichere Aussicht stellen sollte. Die gestrige Stellungnahme des Unter Ausschusses des Reichsrats wird ebenfalls noch keineswegs als endgültig

bezeichnet, weil die Entscheidung des Reichsrats in erst in seiner Vollendung fallen wird.
Jedenfalls gehen alle Tatsachen, die die Krise bereits als entschieden bezeichnen, weit über den augenblicklichen Stand hinaus. Auch die Frage der Nachfolge des Reichsfinanzministers wird deshalb erst Ende der Woche aufzuwerfen sein. Im Reichstag nannte man bereits eine Reihe von Kandidaten, von denen bisher aber nur als ziemlich sicher gelten kann, daß sie nicht in Frage kommen. So hat z. B. Reichswirtschaftsminister Dietrich, dessen Kandidatur am lebhaftesten erörtert wurde, kein Gehör darauf gemacht, daß er den Posten des Reichsfinanzministers ablehnen würde, weil er sehr wichtige Pläne für die Aufhebung der Wirtschaft von der Seite des Wirtschaftsministeriums hegt. Auch die Wiedererte des früheren Reichsfinanzministers Dr. v. Schiller den das als ausgeschlossen gelten, weil sein Gesundheitszustand ihm die Übernahme einer so schweren Bürde verbietet. Die Kandidatur eines Abgeordneten der Deutschen Volkspartei dürfte bei der eigenen Fraktion auf grundsätzlichen Erwägungen auf starken Widerstand stoßen, so daß, wenn die Krise durch einen Wechsel im Reichsfinanzministerium gelöst wird, in erster Linie eine außerhalb des Parlamentes stehende Persönlichkeit, deren Name noch nicht genannt wird, in Frage kommen dürfte.

Eine deutschstämmige Schriftstellerin von der Belgrader Polizei mißhandelt.

Berlin, 19. Juni.
Die deutschstämmige Schriftstellerin Holde Reiter aus Groß-Berensdorf, die aus dem Belgrader Gefängnis entlassen worden ist, hat nach einer Meldung des „Volksanzeiger“ aus Belgrad, bei dem Ministerpräsidenten Jostowitsch Strafanzeige gegen mehrere Polizeioffiziere und Polizeigenossen erstattet.
Sie sei während der Zeit ihrer Inhaftierung schweren Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Man wollte ihr bei der Polizei das Gefängnis erzwingen, daß sie im Auftrag des ehemaligen deutschen Kgl. Wilhelm Kauer gehalten habe. Holde Reiter erklärt in ihrer Anzeige, daß sie auf Befehl des Polizeigenossen Kratochwil an Händen und Füßen gefesselt worden sei, worauf der Detektiv sie zu Boden geworfen und ihre Arme über die Arme gezogen habe. Unter den Anklagen habe er über die Arme einen eisernen Stab durchgedrückt, so daß sie sich nicht mehr hätte bewegen können. In Kauerheit des Polizeigenossen Zerkowitsch seien ihre entblößten Hüften dann mit einem spanischen Wehr bearbeitet worden. Diese Mißhandlungen hätten am 12. Mai von 9 Uhr abends, abgesehen von einigen Unterbrechungen, bis Mitternacht gedauert. Da sie lurchbar gewirkt und geschrien habe, so daß man es im ganzen Hause hörte, habe man ihr einen Knüttel in den Mund gesteckt und ihren Kopf in eine dicke Decke gewickelt. Infolge der lurchbaren Qualen habe sie alle Fragen der Polizei bejaht.

Steinwürfe gegen das Berliner polnische Konsulat.

Berlin, 19. Juni.
Hier oder fünf Personen haben gestern abend gegen 10 Uhr ihrer antipolnischen Gesinnung dadurch Ausdruck gegeben, daß sie mehrere Fensterheben des in der Kurfürststraße gelegenen polnischen Konsulats mit Steinen einwarfen. Zwei Notarstafeln, die dauernd hin und her fuhren, gelang es, die Aufmerksamkeit des vor dem Gebäude postierten Schutzpolizeicommandos abzulenken. Mithin hätte der Beamte Scheiben zertrümmert. Als er hinzueilte, sah er nur noch einige Personen hinter der in der Nähe liegenden Straße verschwinden. Die Täter sind entkommen.
Der Anschlag soll nach den polizeilichen Ermittlungen das Werk einer Reihe kommunistischer Demonstrationen, die sich gegen die Einrichtung dreier junger Kommunisten in Lemberg richteten. Seit einigen Tagen wurden sowohl in Gumburg wie in Prag die Fenster der polnischen Generalkonsulate aus dem gleichen Grunde eingeworfen.